

Projekte · Beratungen · Kooperationen · Veröffentlichungen · Veranstaltungen

Beschäftigungssicherung oder Transfermaßnahmen?

Zu neuen Tendenzen der betriebsnahen Arbeitsmarktpolitik

Die Eintrübung der Konjunktur und die ständig zunehmende Zahl an Personalabbauplanungen in den Konzernen dürften schnell ein Thema auf die Tagesordnung in den Betrieben bringen, das zur Zeit eher ein »Expertenthema« zu sein scheint: Die Neuorientierung der betriebsnahen Arbeitsmarktpolitik hin zu Transfersozialplänen und Transfergesellschaften.

Die folgenden Einschätzungen beziehen sich unter anderem auf Diskussionen in Expertenkreisen, auf die Planungen in Nordrhein-Westfalen zum flächendeckenden Aufbau von Transfer-Gesellschaften und auf den Entwurf der Bundesregierung zur »Reform« des SGB III (Job-Aktiv-Gesetz). Erste Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis gibt es bei Grundig.

Vorrang von Transfermaßnahmen

Die These lautet, dass sich – eher unbemerkt von der (auch gewerkschaftlichen) Öffentlichkeit – ein weiterer Wandel der betriebsnahen Arbeitsmarktpolitik vollzieht.

Statt einer Unterstützung zur Sicherung der Beschäftigung innerhalb der Betriebe (z. B. Ausschöpfen aller innerbetrieblichen Möglichkeiten zur Vermeidung von Entlassungen) und des internen Strukturwandels (z. B. Qualifizierung der von Entlassung bedrohten ArbeitnehmerInnen) geht die Tendenz in Richtung einer beschleunigten externen Lösung, d. h. der »Entsorgung« überflüssiger ArbeitnehmerInnen aus den Betrieben und eine erzwungene »Vermeidung von Arbeitslosigkeit«.

Konkret: Sowohl die Regelungen zu den Zuschüssen zum Sozialplan im SGB III als auch die Ausrichtung von so genannten Transfer-Sozialplänen bauen auf den Vorrang von Vermittlung und Outplacement noch während der Kündigungsfrist. Diese Maßnahmen haben auch Vorrang vor der Durchführung von Struktur-Kurzarbeit in einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQG). Wie erste Auswertungen zu den Sozialplan-Zuschüssen (vgl. IAB 2001) zeigen, spielt Qualifizierung hierbei kaum eine Rolle (u. a. wegen der kurzen Fristen). Der flächendeckende Aufbau von Transfer-Gesellschaften in NRW verstärkt diesen Vermittlungsdruck, denn auch sie sind auf den »Transfer« der betroffenen ArbeitnehmerInnen mittels Vermittlung und Outplacement ausgerichtet. Damit wird das Instrument Struktur-Kurzarbeit seiner eher mittelfristigen Ausrichtung beraubt und zu einem Mittel schnellstmöglicher Vermittlung gemacht.

Die Kombination beider Instrumente in dieser Ausrichtung wird in der Arbeitsverwaltung als »ideale Kombination« diskutiert und zumindest teilweise auch praktiziert. Die Zuschüsse zum Sozialplan »vermeiden« Arbeitslosigkeit (bzw. die Arbeitslos-

meldung) durch den Vermittlungsdruck während der Kündigungsfrist bei einem großen Teil der Betroffenen. Der in dieser kurzen Frist nicht vermittelbare Rest landet dann bei einer Transfer-Gesellschaft.

Zu dieser Linie passen Einzelmaßnahmen aus dem Entwurf zur Novellierung des SGB III (Job-Aktiv). Neben anderen – durchaus sinnvollen Veränderungen – sollen Trainingsmaßnahmen auch für von Arbeitslosigkeit bedrohte ArbeitnehmerInnen gefördert (z. B. wenn der Arbeitgeber die Kosten für Outplacement nicht tragen kann/will) sowie der Sozialplan-Zuschuss vereinfacht und flexibilisiert werden.

Diese Aktivitäten und Planungen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass heute 3,8 Millionen Arbeitslose nicht mehr als Problem fehlender Arbeitsplätze (und umgekehrt einer Politik zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze) diskutiert werden, sondern unter dem Gesichtspunkt eines »Mismatch« am Arbeitsmarkt (die Arbeitslosen passen partout nicht auf die begrenzten freien Arbeitsplätze) und unter dem Blickwinkel der von Kanzler Schröder entfachten Faulenzer-Debatte (siehe Floskel »Fördern und Fordern«).

Mögliche Folgen und (Neben)Wirkungen

Diese Tendenzen und Maßnahmen können durchaus weitreichende Folgen und Wirkungen haben, wie erste Beispiele zum Teil schon heute zeigen. Die Folgen beziehen sich auf die betriebliche Beschäftigungspolitik, die betroffenen ArbeitnehmerInnen und auch auf gewerkschaftliche Konzepte zur Beschäftigungssicherung.

Folgen für betriebliche Beschäftigungspolitik

Mit der Präsenz der Arbeitsverwaltung in einer bereits bislang komplizierten betrieblichen Konstellation, nämlich den Verhandlungen über eine Betriebsänderung mit Interessenausgleich und Sozialplan, werden mindestens zwei Probleme neu geschaffen bzw. verschärft:

Der Versuch im Rahmen des Interessenausgleichs, innerbetriebliche Maßnahmen der Beschäftigungssicherung (d. h. der Vermeidung von Arbeitsplatzabbau) durchzusetzen, wird schwieriger, weil mit dem Transfer-Sozialplan ein elegantes Konzept der Personalanpassung auf dem Tisch liegt.

Die Attraktivität vor allem für die UnternehmensvertreterInnen liegt in zweifacher Hinsicht auf der Hand: Einerseits ermöglicht der Transfer-Sozialplan die Beschleunigung des Personalabbaus

und andererseits gibt es dafür auch noch eine Förderung aus öffentlichen Mitteln.

Das schwierige Austarieren der verschiedenen Leistungen im Sozialplan (auch wegen unterschiedlicher Interessen in den Belegschaften) wird noch komplizierter, da Sozialplanzuschüsse – zumindest bislang – nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden (dies wird Job-Aktiv an wesentlichen Punkten wieder ändern). Dennoch wird der Verhandlungsspielraum der Betriebsparteien deutlich eingeschränkt.

Natürlich sind die VertreterInnen der Arbeitsverwaltung zu Neutralität verpflichtet, allerdings ist die Frage: Werden sie sich im Konfliktfall ernsthaft mit einem Unternehmer anlegen und wie zugänglich sind sie der Argumentation der Arbeitgeber mit wirtschaftlichen Sachzwängen?

Folgen für die betroffenen ArbeitnehmerInnen

Mit Ausnahme der jüngeren, höherqualifizierten ArbeitnehmerInnen (die meist selbst ziemlich schnell eine neue Stelle finden) werden die Zwänge der Bestimmungen des SGB III – in Sachen Zumutbarkeitsanordnung und Sperrzeiten – noch während der Kündigungsfrist spürbar.

Zwar ist es noch nicht so, dass die Ablehnung eines Arbeitsplatzangebots während der Kündigungsfrist zu Sanktionen führen kann, allerdings nimmt der Druck schon in dieser Phase zu, sich auf schlechter bezahlte, weit entfernte und wenig abgesicherte Arbeitsplatzangebote einzulassen.

Umgekehrt sind die Chancen auf eine umfassende, geförderte Qualifizierung zumindest in dieser Zeit denkbar gering – gerade die benötigten aber vor allem angelernte ArbeitnehmerInnen dringend.

Folgen für gewerkschaftliche Konzepte

Im IG Metall-Beschluss vom 1994 zu beschäftigungssichernden Konzepten und Maßnahmen waren folgende gewerkschaftliche Ziele beschrieben:

- *»Stabilisierung der industriellen Beschäftigung und eine Verlangsamung sowie Begrenzung des aktuellen Beschäftigungsabbaus*
- *mittelfristig angelegte beschäftigungspolitische Überbrückungskonzepte in Betrieb, Unternehmen, Region*
- *Schaffung neuer Arbeitsplätze und Aufbau neuer Beschäftigungsfelder in Betrieb, Unternehmen und Region ...*

Priorität hat in jedem Fall die Auseinandersetzung um eine beschäftigungs- und regionalpolitische Verantwortung der Unternehmen, die konsequent und mit der nötigen Konfliktbereitschaft geführt werden muss, bevor Überlegungen zur Auflösung bisheriger Arbeitsverhältnisse und zur Errichtung eigenständiger, nicht unternehmens- bzw. konzerngebundenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften angestellt werden. (IGM 1994)

Die möglichen Folgen des Transfer-Ansatzes auf die Möglichkeiten innerbetrieblicher beschäftigungssichernder Maßnahmen wurden bereits angerissen. Die »Überlegungen zur Auflösung

bisheriger Arbeitsverhältnisse« wie sie im Beschluss formuliert sind, liegen mit dem Konzept des Transfer-Sozialplans mittlerweile faktisch schon vor der Aufnahme von Verhandlungen auf dem Tisch. Der Druck (oder die Versuchung), der auch auf Betriebsräte wirkte, sich des Instruments BQG als bequeme Variante der »Personalentsorgung« zu bedienen, wird so zeitlich noch früher wirksam als bisher.

Der Transfer-Gedanke tangiert aber auch das oben genannte Ziel mittelfristig angelegter Überbrückungskonzepte, da Transfergesellschaften nicht auf den Aufbau neuer Beschäftigung zielen, z. B. im Zusammenhang mit Produktions- und Innovationsgesellschaften, sondern auf die schnellstmögliche Vermittlung der ArbeitnehmerInnen. Eine betriebsinterne, betriebsorganisatorisch eigenständige Einheit für die Durchführung von Struktur-Kurzarbeit zu bilden, macht kaum mehr Sinn, weil Rückwirkungen in den entlassenden Betrieb nicht mehr angesagt sind.

Mögliche Konsequenzen

Zunächst ist es nötig, Aufklärung zu betreiben, um dieses »Expertenthema« breiter zu verankern. Zudem müssen die Betriebsräte sich damit auseinandersetzen, damit sie nicht in betrieblichen Konflikten vom Eingreifen des Arbeitsamtes überrascht werden.

Problematisiert werden könnte diese Transferpolitik auch über die Selbstverwaltung der Arbeitsämter, damit die Arbeitsverwaltung nur auf Anforderung beider Betriebsparteien aktiv wird. Bislang ist die Praxis in den Arbeitsamtsbezirken noch sehr unterschiedlich.

Betriebspolitisch muss mehr Augenmerk auf möglichst frühzeitige Reaktion innerhalb des Betriebes (im Sinne der Früherkennung von Krisen) gelegt werden, damit beschäftigungssichernde Maßnahmen greifen, bevor eine mögliche Betriebsänderung konkret wird.

In der Perspektive sollte versucht werden, die angekündigten sinnvollen Maßnahmen aus dem Job-Aktiv-Entwurf in eine vorausschauende Betriebspolitik zu integrieren, so dass sie beschäftigungssichernd wirken (z. B. die geplante Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Un- und Angelernte im Betrieb bzw. die vorgesehene Regelmaßnahme »Job-rotation«).

Heinz Pfäfflin

Quellen

IAB 2001: J. Kirsch u. a., Zuschüsse zu Sozialplanmaßnahmen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 242, Nürnberg 2001

IGM 1994: IG Metall Vorstand, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften als Element der beschäftigungspolitischen Konzeption der IG Metall, Frankfurt/Main 1994

Bundesregierung 2001: Regierungsentwurf Job-Aktiv-Gesetz Berlin, November 2001

Auf folgende Veröffentlichung sei noch hingewiesen:

Klaus Kittler (Hrsg.): Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik – Von der Zielgruppenorientierung zur Prävention. Hamburg 2001 (VSA-Verlag)

Strukturbericht 2000/2001 – Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart

Anfang 2002 erscheint der achte Strukturbericht des IMU-Instituts zur Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart. Dabei zeigt sich aus den ersten Datenauswertungen, dass die Beschäftigungsverluste der Krise Anfang der 1990er – im Unterschied zum Bundesdurchschnitt oder zum Raum München – bis heute nicht ausgeglichen werden konnten: In der Region Stuttgart liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2000 immer noch um 5 Prozent unter dem Wert von 1990.

Aktuell gibt es erhebliche Risiken:

- Es zeigen sich konjunkturelle Risiken, da der Boom der letzten Jahre ausschließlich auf dem Export beruht.
- Die Altersstruktur der Beschäftigten – das Schwerpunktthema des aktuellen Berichts – ist in allen regional bedeutsamen Wirtschaftszweigen deutlich ungünstiger als im Bundesdurchschnitt. Da es zugleich Rekrutierungsprobleme gibt, stellen sich die Fragen der Personalentwicklung und der Arbeitsbedingungen.
- Der Anteil von Un- und Angelernten ist nach wie vor überproportional hoch; er liegt insgesamt bei 20 Prozent, in der Industrie fast bei 25 Prozent.

Der Strukturbericht für die Region Stuttgart wird vom Verband Region Stuttgart, der IG Metall Region Stuttgart, der IHK Region Stuttgart und der Handwerkskammer Region Stuttgart herausgegeben. Bei der Erstellung arbeiten das IMU-Büro Stuttgart und das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung zusammen.

Kontakt: Frank Iwer, IMU Stuttgart

Strukturwandel bei den Automobilzulieferern: Kleine und mittlere Unternehmen haben Probleme mit e-business

Die kleinen und mittleren Automobil-Zulieferfirmen der Region Stuttgart sind bisher nur unzureichend auf den Strukturwandel durch einen verstärkten Einsatz von e-business vorbereitet. Dies ist das Ergebnis des »Automobil-Clusterreport 2000«, der von der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS) beauftragt und vom IMU-Institut erstellt wurde.

Die Automobilindustrie erhofft sich mit Hilfe des elektronischen Geschäftsverkehrs über das Internet Kostensenkungen von bis zu 30 Prozent. Die Umstellung auf einen elektronischen Vertrieb ist mit einer weit reichenden Umstrukturierung sämtlicher Zentralfunktionen im Unternehmen verbunden.

Für viele mittelgroße Zulieferbetriebe stellt dies einen hohen und teilweise sogar unlösbaren Anforderungs- und Handlungsdruck dar.

Strategien für Kfz-Zulieferer

Zur Sicherung der Wettbewerbspositionen müssen von den Zulieferern die Kriterien Qualität, Preiswertigkeit, Liefertreue, Innovationsleistung und zunehmend auch internatio-

nale Präsenz erfüllt werden. Mittelständische und kleine Zulieferer haben oft Probleme, die entsprechenden finanziellen, personellen und strukturellen Ressourcen aufzubringen. Nur im Verbund mit Partnern werden sie überleben können.

Entwicklung der Beschäftigung

Nach der dramatischen Krise 1993 profilierte sich der exportorientierte Fahrzeugbau als Gewinner des industriellen Strukturwandels, u. a. verzeichnete er von 1996 bis 1999 mit 45 Prozent die höchsten Umsatzzuwächse im Verarbeitenden Gewerbe. Dennoch fiel der Beschäftigungszuwachs in Relation zum vorhergehenden Abbau eher bescheiden aus.

In den nächsten Jahren ist wieder mit einem Beschäftigungsrückgang zu rechnen. Am stärksten betrifft dies die Fertigungsbereiche und hier v. a. an- und ungelernete ArbeitnehmerInnen in der Produktion.

Automobil-Clusterreport 2000 – E-Business or no Business? – 100 S., ca. € 20,-, zu beziehen bei: Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, Friedrichstraße 10, 70174 Stuttgart.

Kontakt: Ralf Grammel, IMU Stuttgart

Gewerkschaftliche Struktur- und Branchenpolitik für die Region Stuttgart

Die fünf eigenständigen IG Metall Verwaltungsstellen der Region Stuttgart haben schon vor 10 Jahren damit begonnen, in verschiedenen Feldern ihre Arbeit zu koordinieren. Seit gut einem Jahr werden jetzt die Ansätze und Ressourcen im Bereich der Struktur- und Branchenpolitik in einem gemeinsamen Regionalsekretariat gebündelt.

Im Zentrum steht der Aufbau und die Betreuung von Betriebsratsnetzwerken als Instrument einer regionalen Betriebs- und Branchenpolitik. Die bisher eingerichteten Netzwerke (Kfz-Zulieferer, Kfz-spezifischer Maschinenbau, Elektrowerkzeuge, Handwerk) sollen die Basis gewerkschaftlicher Betriebsbetreuung vergrößern und zugleich aufgrund des kontinuierlichen Informationsaustausches ein Frühwarnsystem für Branchenentwicklungen und ihre regionalen, beschäftigungspolitischen Folgen bilden.

Diese Erkenntnisse werden darüber hinaus in die regionale Struktur- und Branchenpolitik eingebracht.

Das dreijährige Projekt wird vom IG Metall Vorstand und den Verwaltungsstellen der Region Stuttgart finanziert. Es endet voraussichtlich im April 2003.

Kontakt: Christa Lang, IMU Stuttgart

Projekt KUG-Zeit = QualiZeit

In Folge der Krise der Computer- und Handybranche ist die IT-Industrie auch in Baden-Württemberg in eine schwere Krise geraten. Allerdings konnten Entlassungen bisher dadurch verhindert werden, dass bis zu 50 Prozent kurzgearbeitet wird.

Wenn Kurzarbeit intelligent genutzt wird, kann sie auch Chancen zur Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen eröffnen, denn KuG-Maßnahmen treffen in erster Linie die Fertigung. Dadurch entsteht eine der seltenen Möglichkeiten, die direkten und indirekten ProduktionsmitarbeiterInnen für Qualifizierungsmaßnahmen freizustellen.

Auf Initiative der IG Metall gelang es, ein landesweites Pilotprojekt »KUGzeit = LERNzeit« gemeinsam mit Südwestmetall durchzusetzen. Organisiert und unterstützt durch das IMU-Institut wird in den betroffenen Firmen die Durchführung von Bildungsmaßnahmen während des Arbeitsausfalls aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Dieses Angebot stößt bei den Beschäftigten auf großes Interesse: Zwischen Juli und Oktober 2001 fanden schon ca. 2.000 Qualifizierungstage von branchenspezifischen Themen (Chemie, Halbleiter) bis hin zu Fragen der Arbeitsorganisation statt. Das Projekt wird bis zum Jahresende fortgesetzt.

Kontakt: Frank Iwer, IMU Stuttgart

München 21 – Stadtwirtschaftliche Untersuchung im Rahmen der Machbarkeitsstudie

Zur Beschleunigung des Fernverkehrs wird in München überlegt, den Hauptbahnhof und den Ostbahnhof durch einen eigenen Tunnel zu verbinden. Dazu gibt es zwei verschiedene Varianten sowie eine Alternative, die den Ausbau des Schienen-Südrings und eine stärkere Verknüpfung mit dem Regionalverkehr beabsichtigt.

Die Studie des IMU-Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass die realisierbaren Effekte den Investitionsaufwand nicht rechtfertigen. Aus stadtwirtschaftlicher Sicht wird dagegen eine Überprüfung empfohlen, ob nicht anstelle eines zweiten (geplanten) S-Bahn-Tunnels die Variante B von München 21 für S-Bahn und Regionalverkehr (statt Fernverkehr) genutzt werden kann. Dies würde eine deutliche Verbesserung der ÖPNV-Qualität in der Region München und die Neugestaltung des Hauptbahnhofs in einer kompakteren und für Umsteiger attraktiveren Form ermöglichen und die Standortattraktivität für Beschäftigte und Unternehmen verbessern.

Ferner wird davor gewarnt, bei einer Umgestaltung des Hauptbahnhofs zu große Verkaufsflächen vorzusehen.

Kontakt: Hermann Biehler, IMU München

Regionale Netzwerke und regionaler Arbeitsmarkt: Kumulative Prozesse zirkulärer Verursachung

Der Abschlussbericht kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass der Fahrzeugbau in München seine Standort bildende Funktion eingebüßt hat, da die Verflechtungen in der Wertschöpfungskette in wesentlich größere Raumdimensionen vorgestoßen ist. Dagegen werden für vier Branchen der Medienwirtschaft (Buch, Film, Musik, Multimedia) in größeren Teilen des Wertschöpfungsprozesses Kooperationsmuster festgestellt, die eine räumliche Nähe vorteilhaft erscheinen lassen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Angebot an gut qualifizierten Arbeitskräften und dem »innovativen Milieu« zu, das von Beschäftigten und Unternehmen geprägt wird. Daran schließt die Kritik an, dass in der wirtschaftspolitischen Diskussion um regionale Cluster die Bedeutung des regionalen, überbetrieblichen Humanvermögens (Qualifikationen) zu wenig Berücksichtigung findet. Dieses Projekt wurde von der DFG gefördert und zusammen mit Prof. Genosko, Uni Eichstätt, bearbeitet.

Kontakt: Hermann Biehler, IMU München

ArbeitnehmerInnenberatung in Nürnberg: »Brücken in neue industrielle Beschäftigung«

Das IMU-Institut ist durch zwei Mitarbeiter an einem ungewöhnlichen Projekt in Nürnberg beteiligt, bei dem es sich um eine öffentlich finanzierte, durch die Kommune getragene und von der IG Metall inhaltlich bestimmte Beratung von ArbeitnehmervertreterInnen geht.

Das auf zwei Jahre angelegte Projekt »Brücken in neue industrielle Beschäftigung« wird weitgehend aus dem Arbeitsmarkt- und Sozialfonds des Freistaates Bayern finanziert sowie von Stadt Nürnberg und IG Metall Nürnberg getragen. Seine Aufgaben sind die Beratung und Unterstützung der Betriebsräte bei der Sicherung von Beschäftigung und der Suche nach Überbrückungslösungen.

Ausgangspunkt war die Gefährdung von über 2.300 Industrie-Arbeitsplätzen durch Schließungen und Fusion der Nürnberger Standorte von Adtranz, Cebal, ABB und Alstom Energie sowie der weiter anhaltende Strukturwandel in der Nürnberger Metall- und Elektroindustrie.

Die bislang betreuten Betriebsfälle lassen sich unterschiedlichen Entwicklungsphasen der betrieblichen Umstrukturierung bzw. der Aushandlungsprozesse zuordnen.

Die erste Projektphase bestätigt eine Erfahrung des Beratungsgeschäftes: Wenn es gelingt, relativ frühzeitig in die betriebsinternen Planungs- und Verhandlungsprozesse einzugreifen, besteht eine relativ hohe Wahrscheinlichkeit einen Betrag zur Beschäftigungssicherung leisten zu können.

Weitere Informationen: Stadt Nürnberg,

Kooperationsprojekt »Brücken in neuen industriellen Beschäftigung«, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg, Telefon 09 11/99 289 63

Kontakt: Heinz Pfäfflin, Willi Ruppert, IMU Nürnberg

Analyse veränderter Tätigkeitsinhalte, Arbeits- und Leistungsbedingungen in der sächsischen Textilindustrie – ein Projekt im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung

Wenngleich auf unter 18 Prozent der Beschäftigten des Ausgangsniveaus geschrumpft, stellt die sächsische Textilindustrie mit rd. 16.000 Beschäftigten heute wieder einen bedeutenden Industriezweig des Landes dar.

Die Umstrukturierung vieler Betriebe wie die prägenden Branchentrends haben zu weitreichenden Veränderungen zentraler produktiver Tätigkeiten und der Leistungsanforderungen an die Beschäftigten geführt.

Das Projektvorhaben zielt darauf ab, diese Veränderungen im Detail zu untersuchen, Kenntnisse zu künftigen Qualifikationsbedarfen und für die Ausgestaltung von Tarifverträgen zu gewinnen sowie betriebliche Akteure für die neuen Anforderungen in den Textilbetrieben zu coachen.

Aktuell wird dazu eine Analyse ausgewählter Tätigkeiten in zwei Modellunternehmen durchgeführt, die Ergebnisse werden in begleitenden Workshops mit Betriebsräten reflektiert.

Im Frühjahr 2002 ist die Einrichtung eines Expertenkreises geplant, um Schlussfolgerungen für Personalentwicklung und Weiterbildung zu ziehen.

Kontakt: Alrun Fischer, Claus Müller, IMU Dresden und Berlin

Wanderungsmotivuntersuchung für die Region München

Die Landeshauptstadt München hat dem IMU-Institut im April 2001 den Auftrag erteilt, die Wanderungsmotive derjenigen Personen und Haushalte zu erfragen, die zwischen 1998 und 2000 aus München ins nähere und weitere Umland gezogen sind. Ziel der Untersuchung ist die Gewinnung fundierter Kenntnisse über Motive und Entscheidungsprozesse dieser Haushalte. Auch sollten detaillierte Informationen über die sozialökonomischen Strukturen dieser Haushalte und deren räumliche Wandermuster gewonnen werden.

Ausgangsthese war, dass die Abwanderungsentscheidungen stark von den harten Realitäten des angespannten Münchner Wohnungsmarktes beeinflusst werden und die Abwanderung ins Umland häufig nicht die Wunschvorstellung, sondern nur eine Kompromisslösung darstellt.

Es wurden mehr als 10.000 von insgesamt rd. 50.000 ehemals Münchner Haushalten angeschrieben. Über 2.700 ausgefüllte Fragebogen kamen zurück.

Die gewonnenen Daten erlauben eine differenzierte Betrachtung des aktuellen Stadt-Umland-Wanderungsverhaltens in der Region München. Die Ergebnisse sollen Ende 2001 dem Stadtrat der Landeshauptstadt München vorgelegt werden.

Kontakt: Detlev Sträter, IMU München

»Zukunft München 2030 – Visionen und Strategien für Stadt und Region«

Die Landeshauptstadt München nahm am Ideenwettbewerb »Stadt 2030« (siehe Akzente Nr. 6) mit einem Beitrag teil, der gemeinsam vom IMU-Institut, vom Lehrstuhl für Stadtraum und Stadtentwicklung der TU, vom Institut für Städtebau und Wohnungswesen, vom Planungsreferat, vom Referat für Arbeit und Wirtschaft und vom Sozialreferat erarbeitet wurde.

Prämiert wurde u. a. der Münchner Beitrag mit dem Leitthema »Autonomie und integrative Stadtgesellschaft«, ein Spannungsfeld, das für Stadtgesellschaften zumal unter dynamischen Entwicklungsbedingungen typisch ist und das eine ganze Reihe von Risiken birgt, womit aber möglicherweise auch Chancen verbunden sind, wenn sie erkannt und zum Gegenstand lokal-regionalen Handelns gemacht werden.

Die Leitvision für die Stadtregion basiert auf Grundannahmen der zukünftigen globalen und lokal-regionalen Entwicklung. Sie gehen in zwei Szenarien ein, die als Vorstufen einer Leitbildentwicklung zu sehen sind. Der Zweck der Szenarien liegt in der Markierung eines Entwicklungskorridors für die Zukunft. Szenario 1 beschreibt die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Durchsetzung der stark am Eigennutz interessierten sozialen Gruppen und Schichten in der Stadtregion, Szenario 2 Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine solidarische Stadtgesellschaft.

Die Leitvision wird schwerpunktartig anhand der drei »Strategischen Zukunftsfelder« (Handlungsfelder) »Wissen und Kreativität«, »Kommunikation und Mobilität« und »Segregation und Integration« entwickelt, die jeweils auf das übergreifende Thema »Autonomie und Integration« bezogen werden. Die Zukunftsfelder sollen exemplarisch an dafür geeigneten Stadtquartieren konkretisiert werden. Die Leitvision soll als Ergebnis eines Dialogprozesses mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissen-

schaft, Wohlfahrtsverbänden und sozialen Organisationen, Gesellschaft, Politik und Kommunalverwaltung sowie zu ausgewählten Fragen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern entstehen.

Die Auftaktveranstaltung »Zukunft der Stadt – Zukunft der Gesellschaft« am 30. Oktober 2001 diente dazu, das Projektthema mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu diskutieren und das Projekt in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Weitere Informationen unter www.muenchen2030.de.

Ansprechpartner: Detlev Sträter, IMU München

Betriebsrätenetzwerke und Arbeitnehmerforen in Brandenburg und Sachsen

Zum Erfahrungsaustausch von Betriebsräten und zur Erhöhung ihrer Handlungs- und Gestaltungskompetenz in betrieblichen und überbetrieblichen Fragen sowie zunehmend zu ihrer Selbstorganisation unterstützt und betreut das IMU-Institut gemeinsam mit den IG Metall Verwaltungsstellen Betriebsrätenetzwerke in den Branchen und Regionen

- Armaturenindustrie und Maschinenbau Prenzlaw
- Metallindustrie und Dienstleistungen Schwedt/Oder
- Metallindustrie/Luftfahrttechnik Wildau
- Metallindustrie Eisenhüttenstadt
- Automobilzulieferindustrie Zwickau
- Maschinenbau Chemnitz
- Textilindustrie Ostsachsen.

Vorbereitet wird ein Netzwerk für die Holzindustrie.

Für stark kleinbetrieblich geprägte Branchen wie die Optikindustrie in Rathenow (zwischen 3 und 35 MitarbeiterInnen in über 20 Betrieben) ohne entwickelte Mitbestimmungsstrukturen wurde erstmals mit 30 beteiligten Personen ein »Arbeitnehmerforum« durchgeführt – als neue Form der Information und Sensibilisierung arbeitsorientierter Betriebs- und Strukturpolitik.

AnsprechpartnerInnen: Alrun Fischer (Zwickau, Chemnitz, Rathenow), Ursula Richter (Ostsachsen), Claus Müller (Prenzlau, Schwedt, Chemnitz), Michael Buchner (Eisenhüttenstadt, Wildau)

net.abb – Arbeitszeitgestaltung in Brandenburg

Das IMU-Institut hat bei einem Wettbewerb des brandenburgischen Arbeitsministeriums den Zuschlag zum Aufbau des »Beratungsnetzwerks für Arbeitszeitgestaltung und Beschäftigung in den Klein- und Mittelbetrieben der Metall-, Holz- und Textilindustrie Brandenburgs« (net.abb) erhalten – gemeinsam mit der IG Metall sowie dem PIW, Teltow, und dem Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt, Berlin, als Partner.

Ziel ist es, Klein- und Mittelbetriebe – und hier v. a. die Betriebsräte – in Fragen neuer Formen der Arbeitsgestaltung insbesondere für einen beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden zu sensibilisieren, sie zu beraten und in konkreten, betrieblichen Modellvorhaben die Machbarkeit zu verdeutlichen.

Das Beratungsnetzwerk net.abb betont

- einen integrierten Ansatz, das heißt, Arbeitszeitgestaltung wird in Verbindung mit Fragen der Arbeitsorganisation und der Personalentwicklung gestaltet,

- ein konsensuales Vorgehen, ein Zusammenwirken von Geschäftsführung und Betriebsrat unter Einbindung der Tarifparteien und Nutzung der Gestaltungsspielräume geltender Tarifverträge,
- die Tatsache, dass Arbeitszeitregelungen nur dann beschäftigungswirksam sind, wenn sie mit der Personalbemessung im Unternehmen verbunden werden. Voraussetzung hierfür ist die Stärkung der Gestaltungskompetenz der betrieblichen Interessenvertretungen.

Seit März 2001 wurden in Seminaren, Workshops und Einzelgesprächen, begleitet von einer Fragebogenaktion, bereits 382 Unternehmen beraten.

Ansprechpartner: Jörg Nickel, Informations- und Beratungsstelle net.abb, c/o IMU-Institut Berlin

2 Jahre Aktionsprogramm zum Aufbau von Kompetenzzentren in Brandenburg

Das Aktionsprogramm zur Stärkung von Kompetenzen in Branche und Region ist eine Initiative von Landesregierung und IG Metall in Brandenburg, mit Ministerpräsident Manfred Stolpe, Wirtschaftsminister Wolfgang Fűrniß und IGM Bezirksleiter Hasso Düvel in der Lenkungsgruppe. Das IMU-Institut entwickelt und koordiniert das Aktionsprogramm. Es unterstützt Aufbau und Entwicklung branchenorientierter Netzwerke zur Erschließung neuer Produkte, Verfahren und zunehmend internationaler Märkte, zur Sicherung und Stärkung des Innovationspotenzials sowie der Standorte und Arbeitsplätze.

In einer nach allen Erfahrungen des Clustermanagements kurzen Zeit von 2 Jahren haben sich in den 5 vorab ausgewählten Regionen Branchennetzwerke profiliert als

- Kompetenzzentrum Optik Rathenow
- Kompetenznetzwerk Armaturen- und Maschinenbau Prenzlau
- Kompetenzzentrum Mikroelektronik Frankfurt/Oder
- Netzwerk Metallindustrie Finsterwalde-Lauchhammer und
- Kompetenzzentrum Luftfahrttechnologie Wildau

Die Kompetenzzentren haben einen hohen Aktionsgrad erreicht gemessen an den 158 Projekten und 125 in den Netzwerken aktiven Unternehmen. Die Maßnahmen erweisen sich bereits als marktwirksam (mit Umsatzsteigerungen oder Energiekostenminimierung), arbeitsplatzwirksam (in 2 Regionen über 600 gesicherte und neu geschaffene Arbeitsplätze) und ausbildungswirksam (über 150 neue Ausbildungsplätze in 3 Ausbildungsverbänden).

Die Kompetenzzentren haben sich mit professionellem Standortmarketing, Dachmarkenbildung, Internetplattformen und Kompetenzbroschüren regional, national und zunehmend auch international einen Namen gemacht.

Das Aktionsprogramm unterstützt zudem Partizipation und Mitbestimmung in Betrieb und Region als Voraussetzung zur Entwicklung von »Kreativität von unten« – konkret derzeit in 4 Betriebsrätenetzwerken/-initiativen.

In diesem Kontext ist das Betriebsrätenetzwerk Prenzlau für sein vorbildliches Engagement als »good-practice« in den neuen Bundesländern vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgezeichnet worden.

Ansprechpartner: Gerhard Richter, Volker Raenke

IMU-Institut und ISA-Consult: Arbeitshilfe zur Bewertung der Ansiedlung von Einzelhandelseinrichtungen; Hrsg.: Hans-Böckler-Stiftung und ver.di, Düsseldorf 2001

Heinz Pfäfflin, »Ganz schön zugespitzt!« Die Zukunft der Schreib- und Zeichengeräteindustrie, Branchenreport Nr. 05, IG Metall Branche Holz und Kunststoff, Hrsg.: W. Rhode, IG Metall Vorstand, Frankfurt/Main, Nürnberg/München/Frankfurt, April 2001

Heinz Pfäfflin, Jürgen Dispan unter Mitarbeit von Conny Hardenberg, »Die Möbelindustrie braucht Anschub!« Die Zukunft der Möbelindustrie, Branchenreport Nr. 08, IG Metall Branche Holz und Kunststoff, Hrsg.: W. Rhode, IG Metall Vorstand, Frankfurt/Main, Nürnberg/München/Frankfurt, erscheint voraussichtlich Januar 2002

Ursula Richter, Peter Weise, Hermann Biebler (Hrsg.): Nachhaltige Siedlungs- und Flächenentwicklung in Großstadregionen. Entwürfe für ökologisch-ökonomische Gestaltung, Instrumentierung und Organisation urbaner Systeme. (= Stadtökologie, Bd. 4), Berlin 2001

IMU-Institut Nürnberg, in Zusammenarbeit mit der IG Metall Amberg: Gruppenarbeit solidarisch gestalten. Eine Arbeitshilfe von Betriebsräten für Betriebsräte, erstellt vom Betriebsrätenetzwerk »Gruppenarbeit« in Amberg, Amberg/Nürnberg, Oktober 2001, Preis: € 5,- (Bezug über IMU-Verlag München)

Gerhard Richter, Volker Raenke: Innovation durch Kooperation: Entwicklung und Stand des Aktionsprogramms zur Stärkung von Kompetenzen in Branche und Region, Berlin 2001, IMU-Informationsdienst 1/2001

Gerhard Richter: Aktive Industriepolitik durch Mitbestimmung in Betrieb und Region, in Brenner-Brief Nr. 8, S. 7, Berlin 2001

Abrun Fischer, Michael Berka, Jörg Hennersdorf: Vom Handwerksbetrieb zum mittelständischen Unternehmen – Qualifikationsentwicklung als Zukunftsaufgabe der Grenzregion, Dresden 2001 (OBS-Projektbericht)

Impressum

IMU-Akteze Dezember 2001 ISSN 1430-7693 (Redaktionsschluß 26. November 2001)

Herausgeber:  IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik,
Hermann-Lingg-Str. 10, 80336 München, Telefon 0 89/54 41 26-0,
Telefax 0 89/54 41 26-11, E-Mail: imu-muenchen@imu-institut.de

Büro Berlin, Warschauer Straße 59a, 10243 Berlin, Telefon 0 30/29 36 97-0,
Telefax 0 30/29 36 97-11, E-Mail: imu-berlin@imu-institut.de

Büro Dresden, Bertolt-Brecht-Allee 24, 01309 Dresden, Telefon 03 51/31 99 33 88,
Telefax 03 51/31 99 33 89, E-Mail: imu-dresden@imu-institut.de

Büro Nürnberg, Hallplatz 23, 90402 Nürnberg, Telefon 09 11/20 55 9-0,
Telefax 09 11/2 05 59-15, E-Mail: imu-nuernberg@imu-institut.de

Büro Stuttgart, Hasenbergstraße 49b, 70176 Stuttgart, Telefon 07 11/2 37 05-0,
Telefax 07 11/2 37 05-11, E-Mail: imu-stuttgart@imu-institut.de

Satz: Fotosatz Kretschmann GmbH, Bad Aibling · Druck: Zelig-Druck, München
Entwurf, Gestaltung und Produktion: Konturwerk, Herbert Woyke

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars. Kommerzielle Verwertung der Daten, auch über elektronische Medien, nur mit Genehmigung des IMU-Instituts.

Ursula Richter, Peter Weise und Hermann Biehler (Hrsg.)

Nachhaltige Siedlungs- und Flächenentwicklung in Großstadregionen

Entwürfe für ökologisch-ökonomische Gestaltung, Instrumentierung und Organisation urbaner Systeme
Stadtökologie, Band 4

Die bestehenden Instrumente zur Flächensteuerung sichern keine ökologisch tragfähige Siedlungs- und Flächenentwicklung. Dass Flächennutzungskonkurrenzen nicht optimal entschieden werden, liegt vor allem daran, dass sie nicht ökonomisch korrekt mit Preisen bewertet werden. Zumeist verdrängen die wirtschaftlichen Nutzungen die ökologischen, obwohl eine genaue ökonomische Bewertung zeigen könnte, dass dies volkswirtschaftlich nicht immer rational sein muss. Höherwertige Nutzungen werden so durch niederwertige substituiert, die Nutzungseffizienz verschlechtert sich.

In dem Sammelband wird versucht, die ökonomische Bewertung auf Flächennutzungskonkurrenzen anzuwenden und zu einer besseren Lösung der dabei auftretenden Konflikte beizutragen. Zentraler Ansatzpunkt ist das Konzept der Alternativkosten. Die Alternativkosten einer Flächennutzung sind der Nutzenentgang, der mit dem Verzicht auf die besten anderen (konkurrierenden) Nutzungen verbunden ist. Dieses Konzept zwingt den Planer dazu, alle Nutzungsmöglichkeiten offenzulegen, sie wechselseitig nach dem gleichen Kriterium zu bewerten und schließlich die beste Nutzung zu ermitteln. Dies setzt voraus, dass ökologische und wirtschaftliche Leistungen als prinzipiell gleichwertig betrachtet und dem gleichen Bewertungskalkül unterzogen werden.

Im Ergebnis zeigt sich, dass erst der kombinierte Einsatz der Eingriffsregelung, der Entsiegelungspflicht des Bundes-Bodenschutzgesetzes, der Prämienzahlung des Vertragsnaturschutzes, der Mengenreduzierung und der Entlohnung ökologischer Leistungen das Planungssystem im Hinblick auf eine nachhaltige Flächennutzung wirksam ergänzt.

	Stadtökologie – Band 4
<i>Ursula Richter Peter Weise Hermann Biehler (Hrsg.)</i>	
Nachhaltige Siedlungs- und Flächenentwicklung in Großstadregionen	
Entwürfe für ökologisch-ökonomische Gestaltung, Instrumentierung und Organisation urbaner Systeme	
	Analytica Verlag

Berlin 2001, Broschur, 244 Seiten, 6 Abbildungen,
3 Tabellen, 24 Übersichten und 4 Farbkarten
€ 25,50, ISBN 3-929342-30-8

Aus dem Inhalt

Flächennutzungskonkurrenzen in Großstadregionen – Ausgangsbedingungen und Grundlagen der Analyse, Bewertung und Instrumentierung

Günter Arlt, Ursula Richter, Peter Weise

Ökonomische Bewertungen als Methode zur Entscheidung über Flächennutzungskonkurrenzen in der nachhaltigen Stadt: Theoretische Grundlagen

Karolin Billing und Peter Weise

Ökonomische Bewertung von Flächennutzungskonkurrenzen in der nachhaltigen Stadt: Praktische Vorgehensweise

Karolin Billing

Die Nachhaltigkeitsprüfung als Entscheidungshilfe in der vorbereitenden Bauleitplanung

Hermann Biehler

Die Steuerung der Siedlungs- und Flächenentwicklung unter dem Aspekt der ökologischen Tragfähigkeit

Petra Meurer, Bernhard Nagel, Gerhard Roller, Peter Weise

Die Herausgeber

Prof. Dr. Peter Weise

Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften an der Universität/Gesamthochschule Kassel

Ursula Richter

Dipl.-Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Medienforschung und Urbanistik (IMU-Institut), Berlin

Dr. Hermann Biehler

Dipl.-Volkswirt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medienforschung und Urbanistik (IMU-Institut), München

Reihe Stadtökologie

**Band
1**

Friedhelm Sieker (Hrsg.)

Möglichkeiten einer naturnahen Regenwasserbewirtschaftung in Siedlungsgebieten

Berlin 1998, Broschur, 192 Seiten, 24 Abbildungen, 6 Tabellen und 12 Übersichten, € 24,90, ISBN 3-929342-31-6

Aufgrund der ausgeprägten Oberflächenversiegelung wird das Regenwasser in Städten überwiegend in die Kanalisation geleitet und mit dem Schmutzwasser entsorgt. Dabei entstehen hohe Kosten für den Betrieb von Kanalisationen und Klärwerken. Zudem wird der Stadt mit dem Abfluss des Regenwassers eine wichtige ökologische und ökonomische Ressource entzogen. Vor diesem Hintergrund zeigt die Studie Möglichkeiten für eine kostengünstigere und ökologisch nachhaltige städtische Wasserwirtschaft auf und demonstriert die praktische Umsetzbarkeit.

**Band
2**

Georg Cichorowski, Detlev Ipsen und Engelbert Schramm (Hrsg.)

Wasserkultur

Berlin 1998, Broschur, 160 Seiten, 16 Abbildungen, 7 Tabellen und 1 Übersicht, € 24,90, ISBN 3-929342-32-4

Für die Mehrheit der Städter ist die Nutzung von Wasser selbstverständlich. Wasser aus der Wasserleitung steht bequem zur Verfügung und verschwindet als Abwasser scheinbar problemlos in der Kanalisation. Als was wird Wasser dabei wahrgenommen? Inwieweit prägen kulturelle Aspekte den Umgang mit Wasser? Welche technischen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkte sind für eine nachhaltige Wasserwirtschaft von Bedeutung?

**Band
3**

CITY:mobil (Hrsg.)

Stadtverträgliche Mobilität

Berlin 1999, Broschur, 142 Seiten, 14 Abbildungen, 2 Tabellen und 2 Übersichten, € 24,90, ISBN 3-929342-33-2

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung der Entwicklungsfähigkeit von Städten. Das Leitbild der autogerechten Stadt hat angesichts weiter zunehmender Verkehrsmengen und ökologischer Risiken seine Problemlösungsfähigkeit diesbezüglich verloren. Der Band führt aus der Beschränkung auf die Automobilität heraus. Das Konzept eines Strategischen Mobilitätsmanagements in den Kommunen zeigt neue Wege einer stadtverträglicheren Mobilität auf.

**Band
6**

Jürgen Friedrichs und Kirsten Holländer (Hrsg.)

Stadtökologische Forschung

Berlin 1999, Broschur, 500 Seiten, 43 Abbildungen, 14 Tabellen, 11 Übersichten, € 27,60, ISBN 3-929342-35-9

Der Sammelband stellt in zweiundzwanzig Aufsätzen die Ergebnisse von fünf interdisziplinären Forschungsverbänden zu den Themenfeldern »Wasserkreislauf«, »Mobilität« und »Flächennutzungskonkurrenzen« sowie zu den Querschnittsbereichen »Theoretische Grundlagen« und »Praxistransfer« vor. Im Vordergrund stehen modellhafte und praxisgetestete Lösungen für ausgewählte Probleme der Stadtentwicklung und Stadtökologie.

ZAU – Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung

Suchen Sie eine Umweltzeitschrift, die sich nicht auf eine Fachdisziplin beschränkt? Wollen Sie sich über Umweltforschung und Umweltpolitik in ihrer ganzen Breite informieren? Dann ist die ZAU die richtige Zeitschrift für Sie! Integrativ, konfrontativ, innovativ.

- Umweltdiskussion mit kontroversen Beiträgen zu aktuellen Problemen
- Analysen und Berichte zu einem Themenschwerpunkt
- Stellungnahmen und Repliken
- Kurzinformationen über Tagungen, technische Entscheidungshilfen und Forschungsprojekte
- Zeitschriftenschau, Hinweise auf »Graue« Literatur, Buchbesprechungen

Wer gibt die ZAU heraus? Ausgewiesene Vertreter aus Ökologie, Ökonomie, Technik, Planung und Recht stehen für eine fachübergreifende Betrachtungsweise: Prof. Dr. Wilfried Erguth, Universität Rostock – Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Haber, Technische Universität München – Prof. Dr. Paul Klemmer, Ruhr-Universität Bochum – Reinhard Schulz, Berlin – Prof. Dr. Hans Willi Thoenes, Wuppertal

Schriftleitung: Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Universität Trier, Fachbereich IV, 54286 Trier, Telefon 06 51/201-2734/26 13
E-Mail: junkernh@uni-trier.de – Die ZAU im Internet: www.zau-net.de

Die ZAU erscheint vierteljährlich mit jeweils rd. 150 Seiten

Jahresabonnement € 101,25* (Ausland € 110,95*), Studenten (nur Inland) € 55,75*. Mitglieder von eingetragenen Umweltvereinen (Bund, BBU etc.) erhalten bei Direktbestellung beim Verlag einen Nachlass von 30 %. ISSN 0943-1780

Bestellcoupon

Bitte bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei Analytica Verlagsgesellschaft mbH – Berlin – Vertrieb – Postfach 11 83, D-58461 Lüdenscheid oder einfach faxen an 0 23 51/45 88 95 – E-Mail: info@analytica-verlag.de

Ja, bitte liefern Sie gegen Rechnung und versandkostenfrei

___ Ex. Siedlungsentwicklung ISBN 3-929 342-30-8 € _____
___ Ex. _____ ISBN 3-929 342- _____ € _____
___ Ex. _____ ISBN 3-929 342- _____ € _____

Hiermit abonniere ich die »Zeitschrift für angewandte Umweltforschung« zum genannten Bezugspreis.**

Ich bin Student/in (Nachweis beifügen).
 Bitte senden Sie mir ein Probeheft der ZAU.

Name _____ Anschrift _____

Datum/Unterschrift _____

** Ich weiß, dass ich die Bestellung von Zeitschriften innerhalb von 10 Tagen schriftlich bei der Bestelladresse widerrufen kann, wobei die rechtzeitige Absendung des Widerrufschreibens zur Wahrung der Frist genügt. Ich bestätige die Kenntnis dieser Widerrufserklärung durch meine zweite Unterschrift.

2. Unterschrift _____

* Alle Preise sind unverbindliche Preisempfehlungen. Preisänderungen vorbehalten. Stand: Dezember 2001